

## **Vollständigkeitserklärung**

An

[Anschrift des Auftragnehmers]

---

Firmenstempel des Auftraggebers

*Hinweis: Die Pflicht zur Einholung einer Vollständigkeitserklärung ist im Einzelfall zu prüfen. Um die Vollständigkeit der erhaltenen Informationen in solchen Fällen möglichst sicherzustellen, ist die Vollständigkeitserklärung von allen gesetzlichen Vertretern zu unterzeichnen.*

### **Durchführung von vereinbarten Untersuchungshandlungen im Zusammenhang mit dem Nachweis des (Nicht-)Vorliegens eines Unternehmens in Schwierigkeiten gem. Verordnung (EU) Nr. 651/2014**

Wir haben Sie mit der Durchführung vereinbarter Untersuchungshandlungen im Hinblick darauf, ob das Unternehmen, das als [KMU/kein KMU („Großunternehmen“)] einzustufen ist, zum 31. Dezember 2019 als ein Unternehmen in Schwierigkeiten gem. Art. 2 Z 18 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 („Gruppenfreistellungsverordnung“) einzuordnen war, beauftragt.

Diese Untersuchungshandlungen dienen dazu, uns beim Nachweis des (Nicht-)Vorliegens eines Unternehmens in Schwierigkeiten gem. Verordnung (EU) Nr. 651/2014 [Ergänzungsmöglichkeit: und im Sinne der [Angabe der relevanten Richtlinie, z.B. „Richtlinie über die Ergreifung von finanziellen Maßnahmen, die zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit und Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten von Unternehmen im Zusammenhang mit der Ausbreitung von COVID-19 und den dadurch verursachten wirtschaftlichen Auswirkungen geboten sind“, BGBl. II 143/2020 vom 8. April 2020]] zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang erklären wir Folgendes:

1. Wir sind für die Erstellung des Formblattes – Unternehmen in Schwierigkeiten gem. Verordnung (EU) Nr. 651/2014 in Übereinstimmung mit der [Angabe der relevanten Richtlinie, z.B. „Richtlinie über die Ergreifung von finanziellen Maßnahmen, die zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit und Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten von Unternehmen im Zusammenhang mit der Ausbreitung von COVID-19 und den dadurch verursachten wirtschaftlichen Auswirkungen geboten sind“, BGBl. II 143/2020 vom 8. April 2020] verantwortlich.
2. Wir haben Ihnen alles für Ihre Zwecke erforderliche Datenmaterial zur Verfügung gestellt.
3. Wir bestätigen, dass unseres Wissens nach kein Antrag auf die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens durch uns oder einen bzw. mehrere unserer Gläubiger gestellt wurde und auch nicht die gesetzlichen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag eines unserer Gläubiger erfüllt sind.
4. Wir bestätigen, dass das Unternehmen keine Rettungs- oder Umstrukturierungsbeihilfe erhalten hat.

5. Die Aufklärungen und Nachweise, um die Sie uns ersucht haben, wurden Ihnen vollständig und nach bestem Wissen gegeben. Als Auskunftspersonen, die angewiesen wurden, Ihnen alle gewünschten Auskünfte und Nachweise richtig und vollständig zu geben und für deren Auskünfte wir die Gewähr übernehmen, wurde Ihnen benannt:
- 
- 

6. Sie führen ausschließlich die mit uns vereinbarten Untersuchungshandlungen durch. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass nicht alle möglicherweise bestehenden signifikanten Fehler, Unregelmäßigkeiten einschließlich Betrug oder Unterschlagungen sowie sonstige Gesetzesverstöße aufgedeckt werden.
7. Ihre Berichterstattung erfolgt ausschließlich an uns; eine Weitergabe durch uns an [Angabe der relevanten Förderstelle] gilt als vereinbart; und eine Weitergabe an andere dritte Personen bedarf Ihrer gesonderten schriftlichen Zustimmung.
8. Wir haben keine Kenntnis von wesentlichen Geschäftsvorfällen, die nicht sachgerecht [in der [geprüften/ungeprüften], [von mir/uns erstellten] Bilanz] / im [geprüften/ungeprüften], [von mir/uns erstellten] Jahresabschluss] zum [Stichtag] abgebildet sind.
9. [Weitere Erklärungen im Einzelfall einfügen]

---

Unterschriften der gesetzlichen Vertreter mit Angabe des Datums der Unterfertigung